

## Polizeigewerkschaft lehnt Cannabis-Modellprojekt ab

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) in Bremen ist gegen das von Bürgermeister Andreas Bovenschulte geplante Modellprojekt zur kontrollierten Cannabisabgabe.

„Die sogenannte kontrollierte Abgabe ist nichts anderes als die Aufgabe einer konsequenten, der Allgemeinheit dienlichen Drogenpolitik,“ sagt dazu Jörn Schulze, Landesvorsitzender der Gewerkschaft. „Sie bedient eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe, aber sie löst das Problem des illegalen Handels nicht, im Gegenteil: Der illegale Markt verengt sich auf die Gruppe, die eigentlich besonders geschützt werden sollte, nämlich Kinder und Jugendliche. Abgesehen davon wird durch diese Scheinregulierung die Zahl der (vermeintlich legal) berauschten Verkehrsteilnehmer weiter steigen.“

„In der öffentlichen Wahrnehmung ist der betrunkene Autofahrer immer noch derjenige, von dem eine besonders hohe Gefahr für andere Verkehrsteilnehmer ausgeht – in der Realität sind mittlerweile deutlich mehr Menschen bekifft oder sonstwie berauscht unterwegs,“ so Schulze weiter.

Aktuelle Zahlen der Polizei Bremen belegen dies: Bei einer Kontrollaktion waren im Mai 2019 rund 700 Verkehrsteilnehmer kontrolliert worden. 44 von ihnen standen unter dem Einfluss von Betäubungsmitteln, nur einer war alkoholisiert.

Schulze sieht auch eine Gefahr der Erleichterung in den Konsumeinstieg: „Ein kontrollierter Markt geht in der Regel mit sinkenden Preisen einher, was die Hemmschwelle bei Neugierigen senken dürfte,“ meint er.

Er kritisiert die Befürworter einer Freigabepolitik: „Man hört aus dieser Richtung viel zu wenig über die gesundheitlichen Gefahren des Cannabiskonsums. Suchtmediziner weisen immer wieder darauf hin, dass der Stoff heute um ein Vielfaches wirksamer ist, als dies früher der Fall war; Schizophrenie, Depressionen und Angstpsychosen sind oft eintretende Spätfolgen.“